

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

SPD/III/44

Hannover, 14. April 1948

Der Mut der Berliner

von Louise Schröder,
amtierender Oberbürgermeister von Berlin

Es schien ein paar Tage so in Berlin, als wenn sogar die Sektoren voneinander abgeschnitten werden sollten. Zwei Tage lang gab es eine Kontrolle zwischen dem russischen und dem anderen Sektoren, blieb an diesen "Grenzen" kein Lastwagen unbekannt. Am Morgen des dritten Tages hörten wir dann, dass das Ganze nur ein Irrtum gewesen sei, und es war richtig, dass kein schriftlicher Befehl vorlag. Aber es war auch richtig, dass unsere Bezirksbürgermeister den Auftrag hatten, in jedem der acht sowjetischen Bezirke Berlins die Wagen anzuhalten und dafür zu sorgen, dass keine Kären herauskamen.

Die grosse Schwierigkeit, in der wir aber heute noch miteinander zu leben haben, ist die Tatsache, dass der Verkehr von Berlin in die übrigen Zonen ausserordentlich erschwert ist. Aber ich will folgendes feststellen: Obwohl ich keine Berlinerin bin, habe ich in diesen Jahren, an die Spitze Berlins gestellt, einen ungeheuren Respekt vor den Berlinern bekommen. Ich bin stolz darauf, mit diesen Berlinern zusammenstehen zu können in der schwersten Zeit, die Deutschland und Berlin durchzuführen hat. Wer den 18. März erlebt hat, als wir nach Beendigung der städtischen Feiern auf dem Platz der Republik vor dem zerstörten Reichstag zusammenkamen und wer gesehen hat, wie 40. bis 50.000 Berliner zwei Stunden lang im strömenden Regen und eiskalten Wind ausgeharrt haben in ihren oft letzten und meist zerrissenen Schuhen und in ihrem schäbigen Mantel, der erkannte, dass sie wussten: die Worte, die an der Stirnseite des Reichstages geschrieben standen - Freiheit, Friede, Demokratie - waren keine Phrasen. Sie zeigen ein Ziel auf, um das zu kämpfen sich lohnt und um das der Berliner kämpfen muss. Das waren keine Menschen, sie auf Befehl aufmarschiert waren, das waren Männer und Frauen von frühesten Jugend und bis zum späten Alter, die freiwillig kamen und die wussten, raum sie kamen.

Das ist der Mut der Berliner. In Berlin hört man selten einmal ein Panikgerücht, oder irgendeine Angst vor dem, was kommen könnte. In dieser Stadt sind sich alle bewusst: wir kämpfen um unser Leben, wir kämpfen um unsere Freiheit, wir kämpfen um unser Ideal und den Sozialismus durch Demokratie. Wir wollen nicht irgendeine Demokratie, die mit einem Adjektiv verbunden ist, etwa die Volksdemokratie oder sonst etwas. Wir wollen die Demokratie schlechthin. Wir wollen nicht noch einmal in Unfreiheit leben, sondern wir wollen die wirkliche Freiheit in einer wahren Demokratie haben. Darum kämpft der letzte Berliner und die letzte Berlinerin.

Wir in Berlin haben von dem Programm, das wir am 20. Oktober 1946 den Berlinern vorgelegt haben, nur einen Teil erfüllen können und niemand leidet mehr darunter als wir, die wir heute in der Verwaltung stehen, das wir immer noch nicht jedem Berliner ein Paar Schuhe geben können und, wie es im letzten Winter war, noch nicht das notwendige Heizmaterial, das unsere Kinder an Tuberkulose leiden, weil wir sie nicht richtig ernähren können. Aber trotz allem - das hat der 18. März gezeigt - haben die Berliner ihr Vertrauen zu uns nicht verloren. Sie stehen zu uns, denn sie wissen, dass es nicht unsere Schuld ist, wenn wir unser Programm bisher nicht erfüllen konnten und sie wissen, dass es um mehr als um das tägliche Brot geht. Wir brauchen das tägliche Brot, um zu leben, aber wir brauchen auch die Freiheit, um zu atmen. Die Schwierigkeiten, mit denen wir selbst fertig werden müssen, sind nicht unüberwindlich, wenn wir nur den Mut haben, sie zu überwinden. Was aber die Schwierigkeiten zwischen den Besatzungsmächten selber betrifft, so wollen wir uns an unsere alte Überzeugung während der ersten vierzehn Jahre der Deutschen Republik erinnern: Ein Krieg kann die Not nicht beheben, er kann sie nur unendlich schlimmer machen. Was uns täglich und stündlich zu tun oberste Pflicht sein sollte, in Berlin und überall in Deutschland, wo die Möglichkeit dazu besteht, ist der Kampf um Demokratie, Freiheit und Sozialismus. (ths/134/2/he)

 Italiens internationales "come back"

E. A. M. Verona, im April

Die meisten Länder Europas leiden unter der Versteifung des westöstlichen Gegensatzes. Italien ist in der ausserordentlichen Lage, davon profitieren zu können. Erst die Wahlen am 18. April werden endgültig bestimmen, wohin der Kurs geht. Unter so entscheidend aussenpolitischen Gesichtspunkten haben Wahlen selten gestanden. Und während sich Ost und West um Italien bemühen, hat eine von vielen unbemerkte Entwicklung der internationalen Lage Italiens stattgefunden.

De Gasperi und sein Ausseminister Graf Sforza haben Erfolge zu verzeichnen, welche die kühnsten Erwartungen übersteigen. Erst sechs Monate ist der Friedensvertrag alt - und schon sind tüchtige Breschen in seine, die Souveränität des Landes hindernde Bestimmungen geschlagen. Eine radikale Änderung des internationalen Status Italiens hat ihren Anfang genommen.

Die Unterzeichnung der Präliminar-Protokolle für eine französisch-italienische Zollunion und die Erneuerung der erweiterten Handels- und Zahlungsabkommen (mit einem Warenaustausch in Höhe von 14 Mrd. Lire) in Turin durch Sforza und Bidault bedeutet eine kaum zu überschätzende Revolution lateinischer Politik. Das kurz auf die Turiner Unterzeichnung folgende anderthalb stündige Gespräch de Gasperis mit Bidault in Crea unterstrich, dass die Beziehungen beider Länder in eine für sie selbst und ganz Europa bedeutungsvolle Phase getreten sind. Verhandlungen über eine wenigstens teilweise Rückgabe der Frankreich zugesprochenen Gebiete Tenda, Briga und Mont Cenis führten zu beachtenswerten Erfolgen in Form von Grenzregulierungen und Übernahme ehemals italienischer Kraftwerke durch die Piemonteser Elektrizitätsgesellschaft. Italienisches Eigentum in Frankreich und seinen Überseegebieten (ausgeschlossen Tunis) ist von der Sequesterverwaltung befreit worden. Und die italienischen Arbeiter in Frankreich, deren Zahl 200.000 erreichen soll, erfreuen sich der gleichen Rechte wie französische Arbeiter.

Die Teilnahme Italiens an der Pariser Marshall-Konferenz stellte sein Eintreten für ein einheitliches Europa noch einmal unter Beweis. Als demilitarisiertes Land aber zeigte Italien nur für den eigentlichen wirtschaftlichen Zweck der Beratungen Interesse. Bonomi sprach im "Corriere della Sera" davon, dass Italien heute noch nicht an militärischen Pakten teilnehmen könnte. Bemerkenswert waren Sforzas Worte: "Mit derselben Weite des Blickes, mit der Italien und Frankreich ihre Zollunion abgeschlossen haben, muss das deutsche Problem angegangen werden."

Allergrößten Eindruck hat der Vorschlag der drei Westmächte hinterlassen, Triest an Italien zurückzugeben. Dieser Schritt, über den letztlich die UNO entscheiden wird, wurde allgemein als ein Akt der Gerechtigkeit empfunden. Auch hierbei liegt eine Initiative Sforzas vom Januar 1948 zu Grunde, und zwar als Folge der Uneinigkeit der Grossmächte über den zu bestimmenden Gouverneur des Triester Freistaates.

Kaum weniger nachhaltig war die Kongressbotschaft Trumans. "Die Anglo-Amerikaner begreifen spät, aber wenn sie begriffen haben, geben sie nicht mehr nach", lautete der Kommentar der italienischen Blätter. Als Antwort auf die Behauptung der Kommunisten, dass die amerikanischen Hilfslieferungen an Italien unabhängig vom Wahlausgang weiter gingen, wurde die Marshallrede in Berkeley ernst genommen; im Falle eines kommunistischen Wahlsieges "müsste Amerika den Schluss ziehen, dass die italienische Regierung sich vom europäischen Aufbauprogramm ausgeschlossen hat", sagte Marshall unmissverständlich. In gleicher Linie liegt ein Schritt der römischen USA-Botschaft hinsichtlich der russischen Erklärung, den Handelsvertrag mit Italien zu erneuern, wenn es gleichzeitig zur Vereinbarung über italienische Reparationslieferungen kommt; die Amerikaner sagten in Rom, dass ihnen an einer solchen Weiterleitung ihrer Italienhilfe nach Russlands nichts liegen kann. Die Sowjets betonten daraufhin, dass sie mit dem italienischen Standpunkt einverstanden seien und

eine römische Delegation zu Verhandlungen über ein Handels- und Zahlungsabkommen und einen Schifffahrtsvertrag in Moskau erwarteten. Schliesslich sind zwischen Italien und Griechenland gegenwärtig Wirtschaftsbesprechungen im Gange, deren Aufnahme Sforza und Tsaldaris in Paris vereinbarten. Die Bedeutung einer Reaktivierung der Beziehungen beider Länder verdient im Sinne des europäischen Aufbaues besonders unterstrichen zu werden.

Über diese Dinge hinaus gibt es eine Reihe wichtiger schwebender Fragen für Italien. Zur italienischen Reparationsfrage, die China, Amerika, Frankreich und England für sich bereits mit einem völligen Verzicht lösten, wird ein griechischer Vorschlag erwartet, demzufolge auch Griechenland, Jugoslawien und Russland auf die ihnen zustehenden Leistungen verzichten sollen. In diesem Zusammenhang gehört auch die mutmassliche Rückgabe der Anteile an der italienischen Kriegsflotte durch Amerika und Frankreich - für den Fall, dass Russland sich einem solchen Vorgehen anschliesst. Gerechnet wird fernerhin mit der Rückgabe der italienischen Kolonien in Form einer UNO-Treuhanderschaft auf amerikanischen Vorschlag. Russland, Polen und Frankreich haben sich bereits in diesem Sinne entschieden. Der Wahlausgang und der Abschluss der Viermächte-Inspektion wird jedoch abzuwarten sein.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass die italienischen Wahlen im westeuropäischen Sinne entschieden werden. Der letzte grosse Schlag gegen den italienischen Friedensvertrag wird dann vom Beitritt Italiens zur Westeuropa-Union erwartet: eine Beseitigung der militärischen Klauseln des Vertrages und die Wiederherstellung der völligen Souveränität des Landes nach innen und aussen. (5/2112/2/ae)

Nürnberger Prozesse - honoris causa

Von unserem Nürnberger W.M.-Korrespondenten

Die Nürnberger Prozesse haben sich selbst durch ihre Eigenart, die aus jeder lebendigen Erscheinung gestaltend nach aussen dringt, in letzter Zeit mit einer kaum voraus berechneten und wohl auch in Zukunft unberechenbaren Atmosphäre umgeben. Im Mittelpunkt der Erneuerung menschlichen Rechts sollten sie stehen, so war es geplant. Vom dem Verlauf des politischen Geschehens an den Rand der Ereignisse gedrängt, kaum noch beachtet, so werden sie heute geführt; fristen die letzten Wochen - honoris causa. Ihre Vucht zerbrach an menschlicher Schwäche.

Zahlreich waren von jeher die Vorbehalte, die von deutscher Seite gegenüber den Verfahren gemacht wurden. In letzter Zeit aber sind die formal-juristischen Einwände der Verteidigung nicht mehr konventionelle, pflichtgemäss vorgebrachte und ebenso pflichtgemäss abgelehnte Anträge, sondern tief eindringende Vorstösse, die vor einem späteren Urteil ihr Gewicht haben werden.

Dokumente der USA enthüllten die Verbrechen, die von der UdSSR zusammen mit Hitler geplant und ausgeführt wurden. Vier Mächte unterschrieben das Gesetz, nach dem man in Nürnberg verfährt. Einer dieser

vier Staaten erwies sich als unzuständig, als Komplize des Angeklagten. Damit, so folgert man, ist auch das Gesetz an sich nicht mehr gültig. Es ist auch - um nur einige weitere Beispiele zu nennen - nicht zu übersehen, dass die Beurteilung der Balkan-Partisanen durch das Gericht im Prozess gegen die ehemaligen deutschen Südost-Generale nicht unerheblich von der augenblicklichen Lage in Griechenland beeinflusst wurde. Sozusagen im Flüsterton wird in den langen Gängen des Justizpalastes davon gesprochen, dass die angeklagten deutschen Industriellen nicht nur den Schutz ihrer Verteidiger genossen. Heftige Kritik aus den USA selbst an den Methoden der Verhandlungen verstärkt die Opposition.

Unter diesem Ansturm scheint die Substanz der Prozesse angegriffen zu sein und man vergisst, dass es menschliche Unzulänglichkeiten sind, die eine im Grundsatz vernünftige Sache in Misscredit bringen. Unzulänglichkeiten im Grossen wie im Kleinen. Im Grossen, da die Menschen noch zu schwach sind, um die sich überstürzenden Ereignisse in eine Bahn zu lenken, die zumindest einen Ausblick auf eine hellere Zukunft eröffnet, so dass die Praxis in der Welt die in Nürnberg gepflogene Theorie ad absurdum zu führen scheint. Im Kleinen, da mancher Vorwurf der Ungerechtigkeit im Verhör und Verfahren nicht ganz unberechtigt und auch das verständliche Ressentiment des Siegers in dieser Beziehung nicht immer ganz ausgeschaltet zu sein scheint (ein Richter im Generalprozess, Charles F. Wennerstrom, erklärte öffentlich, dass die Verteidigung seines Erachtens in der Beschaffung von Beweismaterial benachteiligt worden sei.).

Und dennoch kann kein Zweifel bestehen, dass die Menschheit ein neues Völkerrecht notwendig braucht. Es ist erwiesen, dass mit den bestehenden Gesetzen ein Zusammenleben der Völker, welches durch das Fortschreiten der Zeit laufend neu geprägt wird, nicht mehr möglich ist. Dieses neue Gesetz sollte in Nürnberg geschaffen werden. Es wäre schlimm, wenn das nicht gelänge, selbst wenn es heute bereits seinen umfassenden grossen Charakter verloren hat. Es besteht nach wie vor die Chance, anzufangen. Das ist nicht viel, aber es ist doch etwas.

Dieses positive Moment muss das negative aufwiegen, damit ein erster Schritt, ein zaghaftes Gehen in eine neue Zeit hinein nicht vergebens sei. Ungeachtet der dabei noch vorhandenen Fehler und jedes möglichen kleinen Gedankens. So ist das "honoris causa" nicht nur eine Prestigefrage für die westlichen Alliierten, sondern ein Massstab für den ernsten Willen der ganzen Menschheit, gültiges Recht zu schaffen und durchzusetzen.

Ein Irrtum ist der Gedanke, es sei entehrend für Deutschland, dass Deutsche auf der Anklagebank sitzen. Wir waren Ausdruck einer Entwicklung, wie jedes Volk Ausdruck eines weltweiten, aus Vergangenheit und Gegenwart verwobenen Kräftespiels ist, das wir wohl halbwegs beeinflussen, aber nicht in seinen Quellen regeln können. Wir stehen heute wahrscheinlich mehr als manches andere Volk innerlich ausserhalb dessen, was war. Zeitbedingt und darum unbedeutend ist die Tatsache, dass Vertreter anderer Völker uns richten. Es ist kein überzeugendes Verfahren, eigene Schuld durch den Hinweis auf gleichzeitige fremde Schuld tilgen oder nur entkräften zu wollen. Aber aus einer klaren Aufstellung über die eigene Position kann sich am ehesten ein wertvoller Aktivposten für die Zukunft ergeben. Das wollten wir nicht vergessen. (b/B54/54/2/ha)